

„Wahlkampf-Rhetorik einstellen“

Wenige Tage nach der Bundestagswahl erscheint eine Koalition aus Union, FDP und Grünen als die wahrscheinlichste Variante für die Bildung einer neuen Bundesregierung. Bauern sehen das mit gemischten Gefühlen. Wir haben Werner Schwarz gefragt, der es als Bauernpräsident in Schleswig-Holstein bereits hautnah mit einer Jamaika-Koalition zu tun hat.

LZ | Rheinland: Kann man auch als Landwirt einer Jamaika-Konstellation etwas abgewinnen?



So entspannt wie Präsident Werner Schwarz (r.) und Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) dürften es die Vertreter von Union, FDP und Grünen nicht haben, sollte es dazu kommen, dass sie für einen Koalitionsvertrag Agrarfragen aushandeln.

Foto: Kirsten Müller, Bauernblatt

W. Schwarz: Eine wie auch immer farblich zusammengestellte Konstellation hängt von Menschen ab, die für ihre Überzeugung einstehen und von dort heraus ihre Ziele verfolgen. Wenn es darum geht, die Wahlaussagen von Frau Merkel zur wettbewerbsfähigen Landwirtschaft zu bewerten, kann ich einer schwarz-gelb-grünen Konstellation etwas abgewinnen. Eine Agrarwende, auch die wurde im Wahlkampf immer wieder gefordert, ist das Letzte, was wir derzeit in Deutschland und Europa benötigen. Das sind die eigentlichen Pole in den Koalitionsverhandlungen und dazwischen liegt Höchstspannung. Mal abwarten, wie die Kräfte wirken.

LZ | Rheinland: Wo kann es für die Bauern unbequem werden?

W. Schwarz: An die Landwirtschaft werden ja verschiedene Forderungen

erhoben, noch nachhaltiger, noch gewässerschoner und noch tiergerechter zu wirtschaften. Dem wollen wir uns stellen und einige Landesbauernverbände und der Deutsche Bauernverband haben sich mit dem Thema „Veränderung gestalten“ selbst ein Aufgabenheft gegeben, welches auch nicht nur bequem ist. Richtig unbequem aber wird es, wenn die Politik dieses nicht kooperativ umsetzen, sondern durch Ordnungsrecht diktieren würde. Das würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe gefährden. Wir treten deshalb für möglichst EU-einheitliche Änderungen, finanziellen Ausgleich und ausreichende Übergangszeiträume ein.

LZ | Rheinland: Wo kann Jamaika auch fruchtbare Ergebnisse bringen?

W. Schwarz: Schauen wir auf die Allianz zum Gewässerschutz in Schleswig-Holstein, dann stelle ich fest: Ja, es lässt sich was bewegen. Weniger Ordnungsrecht, kooperativer Gewässerschutz mit finanziellem Ausgleich, flankierende Maßnahmen für neue Techniken und fachbezogene Beratung sind die Ergebnisse von runden Tischen, die Sach- und Facharbeit ohne Vorgaben geleistet haben. Es hat lang gedauert, bis wir zu diesem Schritt bereit waren – und zwar

auf beiden Seiten, der Politik und dem Bauernverband –, aber es lohnt sich für die Chancen, die darin liegen, zu streiten.

LZ | Rheinland: Was braucht es denn auf beiden Seiten, damit Bauern und Jamaika-Koalitionäre gut zusammenarbeiten?

W. Schwarz: Den Willen, Deutschland und seine Landwirtschaft nach vorn zu bringen. Dazu gehören eine Zieldefinition und eine Wegbeschreibung. Wenn sich Landwirte und Gesellschaft mit Weg und Ziel identifizieren können, steht einer Zusammenarbeit nichts im Wege. Wolkenkuckucksheime sind nicht die Sache der Bauern. Deshalb sollte die Wahlkampf-Rhetorik eingestellt und an die Arbeit gegangen werden, den Wählerauftrag mit Ernsthaftigkeit umzusetzen. Ehrlichkeit in der Sache ist die Grundvoraussetzung für eine gute Zusammenarbeit.

LZ | Rheinland: Sehen Sie die Voraussetzungen dafür auf Bundesebene gegeben?

W. Schwarz: Schleswig-Holstein ist ein kleines Land, viele Akteure kennen sich lange und wissen, was sie voneinander erwarten können. Auf Bundesebene ist es deutlich schwieriger. Der Kreis der Akteure ist deutlich größer und die Positionen liegen weiter auseinander. Mit dem Bundesrat gibt es einen weiteren Spieler, auch ist der Einfluss der europäischen Institutionen gewichtiger und es müssen außenpolitische Aspekte beachtet werden. Es kommt hier, wie so häufig, auf den Willen an, etwas positiv gestalten zu wollen. Wir als Landwirte sollten genau beobachten, welcher Weg eingeschlagen wird, und uns klar artikulieren, wenn der Pfad wissenschaftsbasierter Entscheidungsfindung verlassen wird. ◀

Ländliche Räume in eigenem Ministerium?

Der Sachverständigenrat Ländliche Entwicklung (SRLE) beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet von der künftigen Bundesregierung eine weitere Stärkung ländlicher Räume. Deren Belange müssten in der Regierungsarbeit deutlicher als bisher ihren Niederschlag finden. Der Ratsvorsitzende Prof. Hans-Günter Henneke sprach sich für ein Bundesministerium für Ländliche Räume

aus. Dabei gehe es nicht um die Verlagerung von Kompetenzen aus anderen Ressorts, stellte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages (DLT) klar. Vielmehr sollte das Ministerium eine Wächterfunktion einnehmen und dafür Sorge tragen, dass die Belange ländlicher Räume in der Regierungspolitik gewahrt werden, zum Beispiel durch einen „Gesetzes-Check Ländliche Räume“

AgE